


**Kommunalwahl
am 9. Juni 2024:
AfD wählen!**



PROGRAMM DER AfD ALZEY-WORMS ZUR KOMMUNALWAHL 2024

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bürger im Kreis Alzey-Worms,**

die AfD ist die neue Volkspartei, die von Menschen aus der bürgerlichen Mitte gewählt wird und deren Vertreter keine Berufspolitiker, sondern Bürger aus allen gesellschaftlichen Bereichen sind. Wir sind überzeugte Demokraten, die Politik für die Zukunft gestalten und die Fehlentwicklungen der letzten Jahre korrigieren möchten. Lesen Sie in diesem Programm, wofür wir im Einzelnen stehen.

AfD


PROGRAMM DER AFD ALZEY-WORMS ZUR KOMMUNALWAHL 2024

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Alternative für Deutschland im Kreis Alzey-Worms steht für:

- eine Politik, die den Bürgerwillen berücksichtigt und die Interessen der einheimischen Bevölkerung wieder in den Mittelpunkt stellt.
- eine Politik mit Mut zur Wahrheit, bei der Probleme nicht verschwiegen und beschönigt, sondern offen diskutiert und sinnvoll gelöst werden, ohne dass Parteigrenzen, ideologische Grundsätze oder politische Interessen dies verhindern.
- eine zukunftsorientierte Politik, die sich nach den aktuellen Bedürfnissen der Bürger richtet und in die Zukunft investiert, ohne dabei nachfolgenden Generationen zu schaden.



1. Willkommenspolitik für Kinder

Die AfD will unsere Gesellschaft wieder familienfreundlicher gestalten, damit mehr Kinder geboren und Familien geschützt werden. Unsere Kinder sind unsere Zukunft!

Die AfD setzt sich für eine umfassende Unterstützung und Stärkung von Familien und eine nachhaltige und tragfähige Finanzierung der Kinderbetreuung ein. Bund und Land müssen hier endlich ihre Pflichten erfüllen und das Konnexitätsprinzip umsetzen.

Kinderbetreuung muss vom Grundgedanken her Fürsorge und Erziehung ergänzen und nicht ersetzen wollen. Familien müssen insgesamt gestärkt werden und die freie Entscheidung haben, wie sie ihre Kinder erziehen wollen. Dabei müssen sie durch einen Kita-Platz in der Nähe unterstützt werden. Die aktuelle Massenzuwanderung darf nicht dazu führen, dass der gesetzliche Anspruch auf einen KiTa-Platz von Einheimischen nicht erfüllt wird. In Vollzeit berufstätigen Eltern müssen auch entsprechende Öffnungszeiten bereitgestellt werden.

Die kleinen Grundschulen sind ideale Gemeinschaften für einen guten Start ins Schulleben. Sie stärken die ländlichen Regionen und sorgen für kurze Schulwege für Schulanfänger. Wir lehnen die weitere Schließung kleinerer Schulstandorte ab. Die Investitionskosten der Schulträger für Gebäude, Technik und Sportstätten belasten ihre finanziellen Kapazitäten gerade angesichts der enormen Preissteigerungen für Energie und Handwerkerleistungen enorm, auch hier erwarten wir Unterstützung durch Bund und Land. Unsere Schulen müssen von der Grundschule bis hin zur Berufsschule praxisingerecht ausgestattet und ältere Schulgebäude vernünftig saniert werden, denn nur so lassen sich angemessene Bildungseinrichtungen schaffen. Die AfD befürwortet ausdrücklich ein landesweit kostenloses Schülerticket für alle Schüler und eine Bezuschussung des Schülertransports auch bei allen Oberstufenschülern der Sekundarstufe II.

Wir fordern Sprachklassen für Kinder von Migranten zur Vorbereitung auf den Schulunterricht. Immer mehr Schüler können dem Unterricht nicht oder nur teilweise folgen, weil sie kaum Deutschkenntnisse haben. Um diese Kinder nicht zu demotivieren und andere Kinder nicht auszubremsen, brauchen wir für solche Fälle vorbereitende Klassen, in denen der Spracherwerb im Mittelpunkt steht. Beherrschen die Schüler die Landessprache dann in ausreichender Form, können sie in reguläre Klassen eingegliedert werden.



2. Recht und Ordnung sind nicht verhandelbar – für mehr Sicherheit

Die Politik der unkontrollierten Einwanderung hat zu massivem Kriminalitätszuwachs geführt. Die Sicherheit der Bürger im öffentlichen Raum verschlechtert sich zunehmend, Straftaten aus dem Bereich Sexual- und Gewaltdelikte haben einen Höchststand erreicht. Viele Bürger fühlen sich vor allem in den Abendstunden nicht mehr sicher, oder sehen sich in ihrer Lebensweise beeinträchtigt. Die Ursachen für die Zunahme von Straftaten müssen wirksam bekämpft und Recht und Ordnung konsequent umgesetzt werden. Vor Ort soll Straftaten präventiv durch verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungskräften entgegen gewirkt werden. Asylbewerber ohne Bleiberecht die straffällig werden, sind umgehend durch die zuständige Behörde abzuschieben. Wir stehen für eine Stärkung der kommunalen Ordnungsdienste, eine Standardisierung der Ausbildung und eine

enge Zusammenarbeit mit der Polizei. Dagegen sind auch die kommunalen Gefahrenabwehrverordnungen zu überprüfen und ggf. anzupassen, damit Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung schon frühzeitig bekämpft und beseitigt werden können.

Unsere Sicherheit und die Einhaltung unserer Gesetze sind nicht verhandelbar.



3. Kommunale Haushalte nachhaltig finanzieren

Auf Grund der sich abzeichnenden Schwächung der Konjunktur ist mit staatlichen Mindereinnahmen zu rechnen. Die AfD lehnt es ab, kommunale Steuern oder Umlagen zu erhöhen und so die gebeutelten Bürger weiter zu belasten, während das Land das Konnexitätsprinzip nicht einhält. Es gilt daher, sich auf notwendige Ausgaben zu beschränken. Wir fordern, solide und verantwortungsbewusst zu haushalten und unnötige Ausgaben wie die inflationäre Einrichtung von Stellen für Beauftragte zu vermeiden. Neueinstellungen von Personal bei der Verwaltung soll es nur dann geben, wenn dies zwingend erforderlich ist und dort wo möglich durch Digitalisierung reduziert werden.

Um die Verschuldung des Landkreises nicht weiter zu erhöhen, ist bei allen Vorhaben auf Sparsamkeit zu achten. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern beinhaltet, dass man sich auf die wichtigen und wirklich notwendigen Ausgaben beschränkt, bevor man Finanzmittel für weniger dringliche Angelegenheiten verwendet.



4. Kommunale Asylkrise stoppen – Unsere Bürger zuerst

Die aktuelle Asylkrise übersteigt im Umfang mittlerweile die Massenzuwanderung von 2015/2016 und hat maßgeblichen negativen Einfluss auf die Wohnungsknappheit, die Verknappung von KiTa-Plätzen, die kommunalen Finanzen, das Bildungswesen und die öffentliche Sicherheit. Die Aufnahmefähigkeit unserer Kommunen ist erschöpft.

Der Zuzug muss daher sofort gestoppt und alle ausreisepflichtigen und straffälligen Ausländer umgehend abgeschoben werden. In keinem Fall dürfen Wohnungen von Einheimischen zur Unterbringung von Asylbewerbern gekündigt werden oder Bürger zur Aufnahme von Migranten verpflichtet werden. Auch die Unterbringung in Turnhallen ist nicht im Sinne unserer Bürger. Asylbewerber dürfen nicht mehr auf die Kommunen verteilt, sondern müssen in Aufnahmeeinrichtungen des Landes untergebracht werden, bis die Verfahren abgeschlossen sind. Die Duldung als Aussetzung der Abschiebung muss wieder zur Ausnahme werden. In jedem Fall müssen den Kommunen alle Kosten für die Unterbringung von Asylantragstellern und Flüchtlingen von Bund und Land vollständig erstattet werden.



5. Gesundheitliche Versorgung sicherstellen – Erhalt unseres Krankenhauses

Durch Ärztemangel und Apothekensterben bei steigendem Bedarf an medizinischer Versorgung wird es zunehmend schwieriger, die Versorgung der Bürger ohne weite Anfahrtswege und Wartezeiten zu gewährleisten. Der Bau von Ärztehäusern und das Schaffen von Anreizen für junge Ärzte, sich vor Ort niederzulassen, kann dem entgegenwirken. Im Rahmen unserer Möglichkeiten auf der Landkreisebene werden wir uns dafür einsetzen, dass das Krankenhaus vor Ort erhalten bleibt.



6. Bürgernahe Verwaltung – mehr Mitbestimmung und direkte Demokratie

Die Verwaltung muss bürgernah bleiben und Dienstleister für die Bürger sein. Hierzu gehört auch, dass die Verwaltungen stärker digitalisiert und in den Bereichen in denen das möglich ist, Dienstleistungen digital bereitgestellt werden. Gebietsreformen gegen den Bürgerwillen darf künftig es nicht mehr geben. Die AfD tritt grundsätzlich für mehr Mitbestimmung der Bürger und direkte Demokratie ein. Zu relevanten Themen sollten verstärkt Bürgerbefragungen und zu wesentlichen Fragen, wie

zum Beispiel Fusionen, Bürgerentscheide durchgeführt werden. Direkte Demokratie muss auch auf kommunaler Ebene gestärkt, der Ausnahmekatalog für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in der Gemeindeordnung gestrichen und damit z.B. auch Bauleitpläne für Bürgerentscheide geöffnet werden.



7. Natur schützen, Landwirtschaft Stärken und Windkraftausbau in Rheinland-Pfalz einstellen

Die AfD steht für echten Naturschutz vor Ort: Die Pflege unserer Wälder, Wiesen und landwirtschaftlichen Flächen werden mit viel Herzblut von Förstern, Jägern, Landwirten und Ehrenamtlichen übernommen, deren lokale Projekte stärker gefördert werden müssen. Der Naturschutz im eigentlichen Sinne gerät immer mehr in Konflikt mit einer sogenannten Klimaschutzpolitik, die Wald, Tier und Mensch schadet. Die AfD lehnt das neue Landesjagdgesetz, das aktuell von der Landesregierung ausgearbeitet wird und in jeglicher Hinsicht der wichtigen Aufgabe der Jäger in unserer Gesellschaft nicht gerecht wird, kategorisch ab.

Die Fortschreitende Entmündigung von Landwirten, Jägern und Verbrauchern durch immer mehr europäische Regulierungen muss ein Ende haben! So lehnen wir beispielsweise auch das generelle EU-Verbot von Pflanzenschutzmitteln ab, das dazu führen würde, dass etwa 40% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Rheinland-Pfalz nicht mehr landwirtschaftlich zu bewirtschaften wäre und insbesondere Be-

triebe aus dem Bereich Wein- und Obstbau auf absehbare Zeit ihre Betriebe schließen müssten.

Als einzige Partei stellt sich die AfD konsequent gegen die Zerstörung unserer Natur und unserer Kulturlandschaft durch den Ausbau von Windrädern, die ohnehin mangels Grundlastfähigkeit und Speichertechnologien keine Lösung für die Energiekrise darstellen können. Unsere Wälder sind Lebensraum, Erholungsraum und nachhaltige Ressource und leisten einen sinnvolleren Beitrag zum Abbau von CO₂ als der exzessive Windkraftausbau.

Wir treten deshalb auf allen Ebenen gegen eine Gesetzgebung ein, die die Kommunen zu Ausbauzielen für Windräder verpflichtet und werden uns auch als kommunale Vertreter in den regionalen Planungsgemeinschaften dafür einsetzen, Landesentwicklungspläne und Raumordnungspläne entsprechend zu verändern. Die Schaffung von kommunalen „Klimamanagern“ als Versorgungsposten lehnt die AfD ab.



8. Interessengerechte Verkehrspolitik – kein Kampf gegen das Auto

Rheinland-Pfalz ist Autoland: Individuelle Mobilität mit dem PKW und Lastenverkehr mit dem LKW sind aus unserem ländlich geprägten Bundesland mit seinen vielen Berufspendlern nicht wegzudenken. Die AfD vertritt die Interessen der Autofahrer und setzt sich für gute Straßen, gegen Einfahrverbote in Innenstädte und gegen jede ideologische Bekämpfung des Auto-

verkehrs ein. Ein flächendeckendes Tempo-limit 30 auf kommunaler Ebene lehnen wir genau wie Dieselfahrverbote und weitere Drangsalierungen der Autofahrer ab. Um Rheinland-Pfalz zukunftsfähig zu halten, ist die Ansiedlung von E-Fuel-, Wasserstoff- und Bio-CNG-Tankstellen insbesondere für den leichten und schweren Lastverkehr zu fördern. Alle Antriebe haben ihre Daseinsberechtigung und sollten technologieoffen gefördert und unterstützt werden, eine reine Batteriemobilität wird weiterhin eine Illusion bleiben. Den Ausbau von Radwegen möchten wir fördern, ohne die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen.

Den ÖPNV wollen wir dort ausbauen, wo er auch genutzt wird und Sinn ergibt. Einen teuren, vor Ort nicht nachgefragten und rein ideologischen ÖPNV-Ausbau in besonders ländlich geprägten Regionen lehnen wir ab. Die Reaktivierung von Bahnstrecken befürworten wir dort, wo es in der Gesamtschau eine wirtschaftliche Perspektive gibt. Das Land Rheinland-Pfalz muss die Kommunen nach der Erklärung des ÖPNV zur kommunalen Pflichtaufgabe durch eine entsprechende finanzielle Unterstützung in Stand setzen, diese Pflichtaufgabe zu erfüllen.

Wir setzen uns für den Ausbau des Radwegenetzes ein, damit Radfahrer sicher ihr Fahrrad nutzen können und im Bereich Tourismus umweltschonend die Natur erkundet werden kann. Die Sperrung von Straßen für den Autoverkehr, oder die Umwidmung landwirtschaftlicher Wege ohne zunächst die Bedürfnisse der Landwirte zu berücksichtigen, lehnen wir ab.



9. Bürger finanziell entlasten: Grundsteuer und Gewerbesteuer nicht weiter erhöhen, Straßenausbaubeiträge abschaffen

Die AfD fordert als einzige Partei glaubwürdig und seit jeher die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die auch als wiederkehrende Beiträge weiterhin eine erhebliche und insgesamt sogar erhöhte Belastung der Bürger darstellen. Die erforderlichen Mittel muss das Land durch eine Pauschale zur Verfügung stellen. Um den ländlichen Raum auch für Unternehmen attraktiv zu halten, muss die Festsetzung der Gewerbesteuer mit Augenmaß erfolgen. Es gilt hier, zwischen den Einnahmen der Kommune und der Attraktivität für Unternehmer abzuwägen.

Die Grundsteuerreform muss aufkommensneutral umgesetzt werden! Die Hebesätze sollen daher so gewählt werden, dass es zu keiner Mehrbelastung der Bürger kommt.



10. Digitalisierung auch auf dem Land vorantreiben

Der Glasfaserausbau auf dem Land muss endlich beschleunigt werden. Eine gute Anbindung an Internet und Mobilfunkabdeckung ist ein wichtiger Standortfaktor für Wirtschaft und Privathaushalte und in einer Zeit der verstärkten mobilen Arbeit eine Chance für den ländlichen Raum. Als kommunale Vertreter fordern wir Unterstützung von Bund und Ländern ein, so dass Ausbauprogramme vor Ort effizient umgesetzt werden können.

Die Verwaltungen sind schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse der Kommunen viel stärker zu digitalisieren. Der europäische Vorreiter Estland sollte sich hier zum Vorbild genommen werden.

Als Schulträger sollten die Kommunen die digitale Ausstattung von Schulen vorantreiben und dabei auch nachdrücklich die Unterstützung von Bund und Land einfordern, die den miserablen Stand der Digitalisierung im Allgemeinen und im Bildungswesen im Besonderen zu verantworten haben, der sich in der Corona-Krise so verhängnisvoll bemerkbar gemacht hat.



11. Vereine und Ehrenamt sind das Rückgrat von Land und Kommunen

Die ländliche Kulturlandschaft wird grundlegend vom Vereinswesen geprägt. Die AfD lehnt jede Gängelung der Vereine – etwa durch die Novelle des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes auf Landesebene – ab. Stattdessen ist verstärkt

auf die Wünsche und Bedürfnisse der Vereine und der Ehrenamtlichen Rücksicht zu nehmen. Sportangebote, Schwimmkurse und ähnliche Angebote müssen flächendeckend angeboten und finanziert werden. Die Bereitschaft für ehrenamtliche Tätigkeiten muss neu belebt und die Wertschätzung und Bedeutung für das Gemeinwesen ideell und auch durch finanzielle Anreize gewürdigt werden.

Wir stehen hinter unseren Schützenvereinen und ihrer wertvollen Tätigkeit für Sport, Gemeinschaft und Brauchtum und stellen uns gegen alle Bestrebungen, ihnen durch immer neue Auflagen das Leben schwerzumachen und den Schießsport zu bekämpfen. Die AfD setzt sich auf Bundes- und Landesebene für steuerliche Entlastungen und bürokratische Entlastungen für Vereine und Ehrenamtliche und zusätzliche Rentenpunkte für ehrenamtliches Engagement ein. Auf kommunaler Ebene sollten ehrenamtlich engagierten Personen kostenlose oder vergünstigte Eintritte oder Nutzungen von öffentlichen Einrichtungen gewährt werden.



Ihr Land braucht Sie.

Werden Sie noch heute Mitglied der AfD!



Hier geht es zum Antrag. Oder nutzen Sie einfach unser Online-Formular unter: mitmachen.afd.de

Unterstützen Sie uns auch mit einer Spende, die Sie sogar von der Steuer absetzen können – vielen Dank!

Spendenkonto: AfD-Kreisverband Alzey-Worms

Sparkasse Worms-Alzey-Ried, IBAN: DE67 5535 0010 0021 7905 57
Verwendungszweck: „Spende“ und vollständige Adresse (für die Ausstellung der Zuwendungsbescheinigung)

Folgen Sie uns im Internet und auf Social Media:

 afd-alzey-worms.de

 facebook.com/AfDALzeyWorms

Vi.S.d.P:

AfD-Kreisverband Alzey-Worms

Vorsitzende: Sabine Capers
Am Sportplatz 2a
67596 Dittelsheim-Hefßloch

 info@afd-alzey-worms.de

 0162-8166899

Titelfoto: Geographischer Mittelpunkt
Rheinhessens in Gabsheim

**Kreisverband
Alzey-Worms**

